



Herrn
Frank Schäffler
Mitglied des Deutschen Bundestages
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Claudia Dörr-Voß

Staatssekretärin

HAUSANSCHRIFT Schamhorststraße 34-37, 10115 Berlin
POSTANSCHRIFT 11019 Berlin

TEL +49 (0)3018 615-68-70

FAX +49 (0)3018 615-51 44

E-MAIL Buero-st-d-v@bmwi.bund.de

DATUM Berlin, 12. September 2018

Schriftliche Frage an die Bundesregierung im Monat September 2018
Frage Nr. 74

Sehr geehrter Herr Abgeordneter,

seitens der Bundesregierung beantworte ich die Frage wie folgt:

Frage:

Wie verhält sich die Bundesregierung zu dem Beschluss des *International Centre for Settlement of Investment Disputes (ICSID)* in Washington, in dem die Behauptung der Bundesregierung zurückgewiesen wird, das Schiedsgericht sei nicht für das Schiedsverfahren um die finanziellen Folgen des Atomausstiegs zwischen Vattenfall und der Bundesrepublik Deutschland zuständig (siehe Frankfurter Allgemeine vom 05.09.2018, Seite 17)?

Antwort:

Die Bundesregierung hat die Teil-Entscheidung des Schiedsgerichts in der Rechtsache ARB/12/12 vom 31. August 2018, in der das Schiedsgericht die von der Bundesregierung unter Bezugnahme auf das *Achmea*-Urteil des Europäischen Gerichtshofs vom 6. März 2018 erhobene Unzuständigkeitsrüge zurückgewiesen hat, zur Kenntnis genommen und prüft diese. Diese Teil-Entscheidung enthält kein Präjudiz für den Ausgang des Schiedsgerichtsverfahrens.

Mit freundlichen Grüßen